

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/9

Bonn, den 15. Januar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Zuverlässige Orientierung 60

Von Herbert Wehner, MdB,  
Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

2 Die Ziele, an denen deutsche Politik sich orientieren soll 21

Aus Brandts "Bericht zur Lage der Nation"

3 Schlechte Verlierer 33

SPD-Landrat in Bruchsal gewählt - Junge Union  
sucht jetzt "Abtrünnigen" in den eigenen Reihen

Von Horst Seefeld, MdB

4 Das Wahljahr 1970 hat begonnen 41

In Swansea gab Premierminister Wilson den Startschuß

Von Hans Joachim Werbke, London

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Ruhe ist die erste Elternpflicht

Wertvolles Diplom in einem interessanten Beruf:  
Helga Marschner ist F.G.A.

Tippen ist eben Sache von Frauen  
Für männliche Mitarbeiter schickt es sich nicht

Zuverlässige Orientierung

Von Herbert Wehner, MdB,  
Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Bundeskanzler Brandt hat mit seinem Bericht über die Lage der Nation die Nebel zerteilt, die sich über die politische Landschaft gelagert hatten. Jetzt wird man sich mit den klaren Darlegungen über die Orientierungspunkte und über die Ziele, an denen deutsche Politik orientiert sein soll, auseinandersetzen können und müssen. Man wird nicht mehr am Kern unserer Politik vorbeireden können und wird sich mit den Grundsätzen befassen müssen, die er für den von ihm angekündigten Vorschlag an den Vorsitzenden des Ministerrats der DDR genannt hat.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Wanderer zwischen zwei Welten, hat Bundeskanzler Brandt erklärt. Ohne den Hintergrund und die Sicherheit bewährter Freundschaften und bewährter Bündnisse könnte es einen aktiven deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik überhaupt nicht geben. Daß es ihn geben kann, ist nun von jedermann zu erkennen.

Für das Verhältnis der beiden Staaten Deutschlands gelten die allgemein anerkannten Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts, insbesondere der Ausschluß jeglicher Diskriminierung, der Respektierung der territorialen Integrität, die Verpflichtung zur friedlichen Lösung aller Streitfragen und zur Respektierung der beiderseitigen Grenzen. Dazu gehört auch die Verpflichtung, die gesellschaftliche Struktur im Gebiet des anderen Vertragspartners nicht gewaltsam ändern zu wollen.

Die Debatte, die im deutschen Bundestag begonnen hat, wird sich mit Politik und nicht mit Wunschenken oder Spekulationen zu befassen haben. Wenn dabei im sachlichen Gegeneinander um Bestandteile der Politik gerungen wird, darf und wird schließlich nicht das nationale Miteinander aus dem Auge verloren gehen. Daran, wie beides miteinander in Einklang gebracht wird, werden die gemessen, die sich in der Debatte gegenüberstehen.

Man muß lange zurückblättern, um eine vergleichbare Gelegenheit zu finden, die ebenso oder annähernd gleich die Aufmerksamkeit weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus auf sich gezogen hat. Es wird sich zeigen, daß der sachliche Gehalt der politischen Orientierung, die Bundeskanzler Brandt gegeben hat, die internationale Diskussion anregen und beleben wird.

Schon jetzt darf gesagt werden, daß für die Verhandlungen, die zur Verständigung gesucht und vertieft werden sollen, mit dieser nüchternen Ortsbestimmung viel getan worden ist. Selbst die monotonen Wiederholungen ziemlich alter Schlagworte, die aus Ost-Berlin in den letzten Wochen zu hören und zu lesen gewesen sind, werden nunmehr

andernorts schärfer durchschaut und eingeschätzt werden, als es bisher der Fall war.

Ein Vertrag kann nicht am Anfang, er muß am Ende stehen. Der Bundeskanzler Brandt hat für den Anfang getan, was im Interesse unseres Volkes denkbar und wünschenswert ist, um - wenn andere das ihre dazu tun - zu einem guten Ende zu gelangen. Mögen bis dahin auch noch manche scharfen Ecken zu passieren sein, es wird nicht überhört werden können, daß Bundeskanzler Brandt gesagt hat, es sollte Klarheit darüber bestehen, daß die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an einer Konferenz über europäische Sicherheit dann wenig sinnvoll sein würde, wenn sich bis dahin kein positiver Ansatz im zwischendeutschen Bereich gezeigt hätte. Dies ist nicht als Bedingung, aber als Klarstellung gesagt worden.

+ + +

Die Ziele, an denen deutsche Politik sich orientieren soll

---

Aus Brandts "Bericht zur Lage der Nation"

"Die erste Antwort ist die, daß wir die Teile Deutschlands, die heute freiheitlich geordnet sind, frei halten müssen oder - wie man gesagt hat - daß die Bundesrepublik sich selbst anerkennen muß.

Die zweite Antwort ist die, daß wir alle Probleme nur in Frieden lösen dürfen.

Die dritte Antwort ist, daß wir unseren Beitrag leisten, damit mehr Menschenrechte eingeräumt und praktiziert werden.

Hinzu tritt logisch die Frage: Wie kann deutsche Politik diese Ziele heute durchsetzen? Das geht nicht mehr mit den traditionellen Mitteln des Nationalstaates, sondern nur noch im Bündnis mit anderen. Es wird in Zukunft keine politischen Lösungen von Wichtigkeit mehr geben außerhalb von Bündnissen, Sicherheitssystemen oder Gemeinschaften.

Nicht nationalstaatlich und in traditionellem Sinn werden in Zukunft deutsche Probleme von Wichtigkeit behandelt werden können, sondern nur in schrittweisem Bemühen um eine Europäische Friedensordnung.

Es geht also darum, Wirklichkeiten, Realitäten zu erkennen und zu respektieren - dies nicht etwa gar, um bestehendes Unrecht resignierend hinzunehmen, sondern um sehr realitätsbezogen den Grenzen in Europa den Charakter des Trennenden zu nehmen".

+ + +

### Schlechte Verlierer

---

SPD-Landrat in Bruchsal gewählt - Junge Union  
sucht jetzt "Abtrünnigen" in den eigenen Reihen

Von Horst Seefeld, MdB

Vor einigen Jahren hätte man es noch für unmöglich gehalten, daß ein Sozialdemokrat in dem landläufig als "tiefschwarz" bezeichneten Landkreis Bruchsal Landrat sein könnte. Dieser Tage wurde der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Friedrich Müller zum zweitenmal vom Kreistag als Landrat gewählt. Hatte Dr. Müller bei seiner ersten Wahl noch Glück - er wurde nur durch Losentscheid bei einer absoluten CDU-Mehrheit im Kreistag Landrat - so konnte durch das Wirken des rührigen SPD-Mannes das Stimmenverhältnis im Landkreis geändert werden.

Dieses Mal standen den 20 CDU-Abgeordneten 12 Sozialdemokraten, neun freie Wähler und ein Freier Demokrat gegenüber. Im zweiten Wahlgang gewann Dr. Müller mit 22 gegen 19 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Er war damit für weitere 12 Jahre gewählt. Damit könnte die Geschichte beendet sein, gäbe es nicht die Junge Union. Traurig darüber, daß der bewährte Landrat weiter regiert, kamen die Jungunionisten auf den Einfall, wenigstens den einen Abtrünnigen zu suchen, der dem CDU-Kandidaten seine Stimme versagt hatte. In einem "offenen Brief" des Kreisvorstandes der Jungen Union Bruchsal ist u.a. dies zu lesen:

- \* "Vor seinem Gewissen mag er diese Entscheidung zwar verantworten
- \* können, das Mandat seiner Wähler hat er jedoch damit verraten
- \* und auch seine persönliche Glaubwürdigkeit verloren. Denn vor
- \* der Abstimmung haben sich bekanntlich alle Fraktionsmitglieder
- \* in geheimer Abstimmung zu dem Kandidaten der CDU bekannt. Die
- \* Junge Union fordert dieses Fraktionsmitglied auf, sofort die
- \* Konsequenzen zu ziehen, sein Mandat niederzulegen und die Partei
- \* zu verlassen. Selbst wird die Junge Union alles tun, um den Be-
- \* treffenden zu e n t l a r v e n. Eine bestimmte Richtung, in
- \* der zu suchen ist, ist bekannt."

Bislang sollten gewählte Volksvertreter n u r ihrem Gewissen verantwortlich sein. Doch die Junge Union will das ändern!

Im Verliererkönnen unterscheiden sich junge von älteren Christdemokraten garnicht. Der Lernprozeß in diesem zu den demokratischen Spielregeln zählenden Fach sollte jedoch begonnen werden. Man wird sich bei der CDU künftig noch oft in der Verliererrolle finden.

+ + +

### Das Wahljahr 1970 hat begonnen

---

In Swansea gab Premierminister Wilson den Startschuß

Von Hans Joachim Werbke, London

"So wie ich Euch vor sechs Jahren in Swansea gebeten habe, den ersten fünf Jahren Labour-Regierung mit mir entgegenzusehen, so fordere ich Euch heute auf, in die nächsten fünf Jahren zu gehen, in die Erregung der siebziger Jahre und an die Probleme, denen wir uns gegenübersehen," rief Harold Wilson am letzten Wochenende seinen Anhängern zu. Es gibt niemanden mehr, der daran zweifelt, daß diese Rede der Eröffnungsschuß für die Wahlkampagne war. Wilson, der allerspätestens im Mai 1971 neue Unterhauswahlen ansetzen muß, hat offenbar eine Drei-Phasen-Taktik im Kopf: Wenn innerhalb der nächsten vier Monate eine Erholung der Labour Party in der öffentlichen Gunst zu erreichen ist, denn sind Wahlen im Mai nicht ausgeschlossen; sollte die Erholung länger dauern, dann würde im Vorsommer die Kampagne noch einmal abgeblasen und auf den Spätsommer vertagt, rechtzeitig für Oktober-Wahlen; gibt es aber gar keine Hoffnung mehr für Labour, das verlorene Terrain zurückzugewinnen, dann wird ausgehalten bis zum bitteren Ende.

Die wahrscheinlichste Lösung ist die zweite. Sie gibt dem Schatzkanzler Gelegenheit, mit dem Haushalt 1970 ein "boomlet", einen kleinen Boom, auszulösen, genug, das zurückgekehrte internationale Vertrauen in die britische Wirtschaft nicht zu untergraben und das heimische wiederzuerwecken.

In den Meinungsumfragen liegt die Regierungspartei um rund zehn Punkte hinter den oppositionellen Tories zurück. Aber das will wenig besagen. Mit der überraschenden Freigabe der Devisenbeschränkungen für Urlaubs- und Geschäftsreisen hat die Labour-Regierung gezeigt, daß sie versteht, das Instrumentarium der Wählerbeeinflussung zu ihren Gunsten zu benutzen. Daß sie gleichwohl nicht daran denkt, die Zügel vollends locker zu lassen, hat Wilson schon vor seiner Swansea-Rede klargestellt. Lohnerhöhungen auf der einen Seite, so erinnerte er sein Publikum, bedeuten Preissteigerungen auf der anderen Seite. Es war seine Warnung vor der Lohnlawine, die im Anrollen ist. Für 2 1/2 Millionen Arbeitnehmer, knapp zehn Prozent sämtlicher Werktätigen hierzulande, sind für dieses Jahr Lohnforderungen angemeldet, die weit über der von der Regierung ausgegebenen Normzahl (2 1/2 bis 4 1/2 Prozent) liegen. Die meisten fordern fünfzehn Prozent, die Seemannsgewerkschaft gar 50 Prozent.

Die Regierung wird sich einen Weg ausdenken müssen, die Zügel straff zu halten, ohne daß das Gefolge mürrisch wird. Der Tory-Schattenschatzkanzler sieht höhnisch einen "Wahl-Striptease" der Regierung voraus; nach den Devisenerleichterungen eine Diskontsatzsenkung usw. Aber solche rhetorische Glanzstücke können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Labour inzwischen über die kompetentere Mannschaft verfügt und wohl qualifiziert ist, das Vereinigte Königreich auch weiterhin zu führen.